

Flüchtlingsrat Hamburg
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel.: 040-431587
mobil: 0173-4108642
info@fluechtlingsrat-hamburg.de
www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Stellungnahme zu den flüchtlingspolitischen Vereinbarungen im Hamburger Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL

Der Flüchtlingsrat Hamburg schließt sich der fundierten Kritik der kirchlichen Hilfsstelle fluchtpunkt am Hamburger Koalitionsvertrag an. Darüber hinaus nehmen wir zu diesem Vertrag wie folgt Stellung:

- Wir halten es für grundsätzlich problematisch, **dass die GAL als ehemals links-alternative Partei mit der CDU eine Koalition eingeht**, einer Partei, die 2001 der rechtspopulistischen **Schill-Partei an die Macht verholfen** hat und gemeinsam mit ihr eine **rassistische Hetzkampagne insbesondere gegen afrikanische Flüchtlinge** betrieb und sie weitgehend aus dieser Stadt vertrieben hat.
- Die Hamburger CDU-Regierung war bundesweit **Vorreiter bei Abschiebungen nach Afghanistan**, die im übrigen trotz Koalitionsvertrag weitergehen, da sie dort nur "für Familien mit Kindern bis auf weiteres ausgesetzt" werden. Wir fordern einen **Abschiebestopp** und ein **Bleiberecht** für alle afghanischen sowie für alle anderen Flüchtlinge!
- Vorreiter war und ist Hamburg auch bei **EU-Sammelabschiebungen** (mindestens 8 Charterflüge fanden in den letzten 4 Jahren von hier nach Afrika statt) - in der Koalitionsvereinbarung steht kein Wort dazu, ebenso wenig wie zur **Umstrukturierung der Ausländerbehörde** zum Zweck der effektiveren Organisation solcher Abschiebungen, zu **Abschiebeanhörungen** mit dubiosen Delegationen und Botschaften und zur **Abschiebehaft**, durch die Sammelabschiebungen erst möglich werden und deren Abschaffung wir fordern!
- Ebenfalls als erstes Bundesland hat Hamburg 2006 die **Flüchtlingerstaufnahme ausgelagert** und damit erreicht, dass die **Flüchtlingszahlen auf ein Rekordtief sanken** - nach unserem Informationsstand befindet sich z.Zt. nicht einmal die im Koalitionstext erwähnte "vertraglich vereinbarte Mindestbelegung" von 30 Hamburger Flüchtlingen in Horst. Ob die **Erstunterbringung in Horst** tatsächlich demnächst (oder doch erst nach den 6 Jahren Vertragslaufzeit, d.h. 2012) **beendet** wird und wo die Flüchtlinge dann untergebracht werden, bleibt abzuwarten. Wir jedenfalls fordern die **Unterbringung in Wohnungen statt Lagern**, was vor Jahren auch eine GAL-Forderung war.
- In keinem anderen Bundesland wurden **minderjährige unbegleitete Flüchtlinge** derart systematisch für älter erklärt und rechtswidrig wegverteilt, so dass deren Zahl hier gegen 0 sank - auch dazu steht kein Wort im Koalitionsvertrag. Was sich dadurch durch eine geplante "Clearingstelle" ändern soll, bleibt im Unklaren. Wir fordern **Schluss mit den Altersfeststellungen und Umverteilungen und Inobhutnahme** aller minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge gemäß § 42 SGB VIII!
- **Familientrennungen bei Abschiebungen** sollen laut Koalitionsvertrag vermieden werden - vor gut zwei Wochen fand aber genau so eine Abschiebung statt, in diesem Fall eines Vaters und zwei seiner Kinder nach Armenien, während die Mutter und ein weiteres Kind noch in Hamburg sind. Für uns bedeutet der Schutz von Familien den **Stopp solcher Abschiebungen und die Rückkehr der abgeschobenen Familienmitglieder!**
- Die **Vereinbarungen zu Illegalisierten** sind pure Augenwischerei. Z.B. wäre das Recht auf Schulbesuch aller, also auch illegalisierter Kinder nur durch eine **Abschaffung des zentralen Schülerregisters und der Meldepflicht** (was kürzlich sogar von Bundesinnenminister Schäuble vorgeschlagen wurde!) zu gewährleisten.

Es ist zu befürchten, dass selbst die wenigen, ansatzweise positiven Vereinbarungen zur Flüchtlingspolitik das Papier der einen Seite, auf der sie im Koalitionsvertrag stehen, nicht wert sind und die Hamburger Ausländerbehörde ungehindert ihre bisherige Praxis fortsetzen kann.

Flüchtlingsrat Hamburg, 21.4.08